

Politik als lernendes System

Zwischen Globalisierung und gesellschaftlichen Interessen müssen Regierende zuzugeben lernen, dass sie nicht alles wissen – bei Rot-Grün zeichnete sich ein neuer Stil schon ab

Von Corinna Emundts

Man stelle sich vor, einer der beiden Kanzlerkandidaten hätte vor der Wahl im Fernsehen folgende Worte gesagt: „Ich weiß es nicht, ich weiß die richtige Antwort auf Ihre Frage nicht!“ Unvorstellbar. Das Publikum wäre perplex gewesen, und die politischen Boulevardmedien hätten am nächsten Tag höhnische Worte zu Papier gelacht: „Und so einer soll unser nächster Kanzler sein?“

Dabei wäre es auf manche Fragen die einzig wahrhaftige Antwort, die ein führender Politiker heute geben könnte: Ist nationale Politik in Zeiten der Globalisierung überhaupt noch in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu halbieren, wie es Schröder und Stoiber versprochen? Ich weiß es nicht, müssten die beiden sagen, wollten sie bei der Wahrheit bleiben. Und: Wir können nur versuchen, unser Bestes zu tun. Doch das dürfte derzeit höchstens der Bundespräsident tun. Seit der Entschlüsselung des Humangenoms im Jahr 2000 geht es nicht mehr allein um technologische Chancen und Risiken für Mensch und Umwelt – wie etwa bei der Atomenergie. Bundespräsident Johannes Rau stellte im Jahr 2001 eine neue Qualität politischer Entscheidungen fest: „Zum ersten Mal scheint der Mensch fähig, den Menschen selber zu verändern, ja ihn genetisch neu zu entwerfen.“

Wenngleich man von der Realisierung dessen noch weit entfernt ist, müssen sich die Regierenden mit Problemen befassen, die sie selbst kaum durchschauen. Wie ihre Wähler zu professionellem Laientum verdammt, mussten sie in den vergangenen Jahren Entscheidungen auf Basis eines provisorischen Halbwissens treffen, bei dem es nur eine Gewissheit gab: dass morgen schon wieder alles anders sein kann und eine Revision vonnöten.

In Wahlkampfzeiten ist Ehrlichkeit ein noch seltenerer Gast im Munde der Politik als sonst. Vielmehr wird von allen Seiten eine Erwartung geschürt, die umso unrealistischer und altmodischer erscheint, je mehr die Gesellschaft den Einfluss der unkalkulierbaren Weltwirtschaft auf den eigenen Geldbeutel und Arbeitsplatz spürt: die Erwartung, dass der Politiker für alle

Probleme des Landes eine Lösung parat hat. Und sie fernsehgerecht in einer Minute dreißig zum Besten geben kann.

Es sind die Kandidaten, die in Wahlkämpfen solche Wunschbilder ihrer selbst erzeugen. Die Enttäuschung nach der Wahl ist damit programmiert.

Irgendwann wird einer von ihnen mal zugeben: Einen Politiker, der passgenaue Antworten hat für die Sollbruchstellen hochkomplexer Gesellschaften, wird es schlichtweg nie wieder geben können. Der Regierungssprecher der ersten rot-grünen Bundesregierung, Uwe-Karsten Heye, sinnierte im Frühjahr 2000, dass es den großen Entwurf der Politik nicht mehr geben könne – „in einer Zeit, in der Ideologien keine Antworten haben auf das, was wir zu leisten haben“. Etwa zu verhindern, dass – so viel Wertorientierung darf bei aller Ideologiefreiheit sein – die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zerfalle. Die Politik, folgte der Schröder-Vertraute, müsse ständig bereit sein, sich zu revidieren.

Ein ganz neuer Job für Politik-Berater: Nicht einen alles wissenden Immerkönner zu präsentieren, sondern den lernfähigen Politiker als Erfolgskonzept zu verkaufen.

Das gilt insbesondere in Zeiten, in denen lieb gewonnene Versorgungsideen wie die Sozialversicherungssysteme brüchig werden. Zeiten, in denen Vorstellungen platzen, dass man durch die beschützenden Hand des Staates langfristig mehr sichere Arbeitsplätze schaffen kann.

Politik als lernendes System zu begreifen und zu vermitteln, ist eine der Zukunftsaufgaben der Politik. Lernfähigkeit nicht als Schwäche, sondern als Stärke sehen. Fehler machen dürfen, ohne als unfähig zu gelten. Politik als Ringen um die richtige Lösung, die man zunächst gar nicht kennt: das Try-and-Error-Prinzip.

Das ist viel verlangt und auch ein gefährliches Plädoyer, weil es missbraucht werden kann: von regierenden Faulenzern, die dies schlaue als intellektuell anspruchsvolle Generalausrede für jede Art von Fehlern, verschleppten Entscheidungen und vermeidbarer Ahnungslosigkeit heranziehen. Für programmatisch nicht mehr identifizierbare Politiker, die ihr Fähnchen nach dem Wind der Umfragerwerte und Interessen ausgewählter „Focus-Groups“ richten – ohne eine Idee zu haben, welche Art von Gesellschaft sie mit ihren Entscheidungen erzeugen wollen. „Ich weiß es nicht“ als Gütesiegel eines neuen Politikstils – eine Gratwanderung.

mit ihrer offiziellen Entscheidung über therapeutisches Klonen menschlicher Embryos genauso abwartete wie bei der Frage, ob die Forschung an embryonalen Stammzellen erlaubt werden sollte. Und das um den Preis, dass sie eigene Positionen schließlich korrigierte. Die Exekutive harter Debatten im Parlament und des öffentlichen Diskurses darüber, bevor sie ihr Votum daran angepasst traf.

In Deutschland entschied man sich im Januar 2002 für einen sehr eingeschränkten Gebrauch der menschlichen Zellen, für deren Gewinnung Embryonen getötet werden müssen – weil ihr Nutzen umstritten ist und es noch keinen Beweis gibt, dass

Carsten Stender in der Zeitschrift *Berliner Republik*: „Tatsächlich verfügen weder Parlament noch Regierung a priori auch nur über das notwendige Steuerungswissen, um sachadäquat zu handeln. Von einem Wissensvorsprung kann erst recht nicht die Rede sein.“ Der Charme des vermittlerisch angelegten Systems von Kanzleramtschef Steinmeier bestehe gerade darin, dass es sich dessen bewusst ist und sich darauf konzentriert, die notwendigen Lernprozesse selbst zu organisieren.

Je weniger Politik das Entscheidungs- und Wissensmonopol für sich beanspruchen kann, sondern nur als ein Akteur unter vielen den sozialen Wandel beeinflusst,

desto wichtiger wird die Konsensverankerung in der Gesellschaft für die Entscheidung. Politik als lernendes System bindet die Zivilgesellschaft idealerweise mit in die Entscheidungsfindung ein – und überträgt ihr damit auch mehr Verantwortung. Politik sollte solche Diskussionsprozesse initiieren und moderieren. Am Ende ist sie es allerdings trotzdem alleine, die zwischen den unterschiedlichen Interessen entscheiden muss.

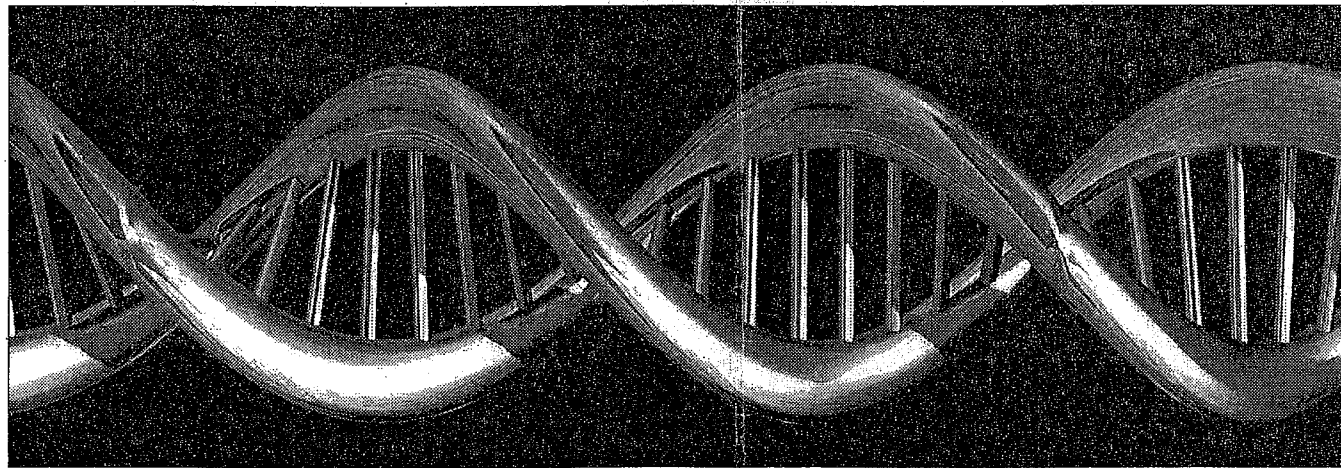
In diesem Lichte betrachtet hatte Schröder „Rätorepublik“ durchaus einen Sinn: Die Hartz-Kommission, ein Nationaler Ethikrat, eine Zuwanderungskommission und ein Experten-Gremium zur Reform der Bundeswehr, die beiden Letzteren gar von Unionspolitikern geführt, markieren das rot-grüne Politikverständnis – im Gegensatz zum Vorgängersystem Kohl, dessen Entscheidungsfindung mehr autokratisch auf den Kanzler und informelle, öffentlich nicht wahrnehmbare Beraterkreise zugeschnitten war.

Eine solche politische Führung hat zunächst einmal eine Entschleunigung von Entscheidungen zur Folge, aber dies kann bei manchen Themen gerade vonnöten sein. Als der Deutsche Bundestag 1959 das Gesetz über die friedliche Nutzung der Kernenergie verabschiedete, dachten die Abgeordneten nicht einmal an die Brisanz des (bis heute im Übrigen ungelösten) Versorgungsproblems des Atommülls – und stimmten mit einer einzigen Gegenstimme dafür. Nachdenklichkeit, mehr Risikobewusstsein und bessere Gesetzesfolgenabschätzung würden ein solches Abstimmungsverhalten heute verhindern.

Das Prinzip der Verhandlungsdemokratie lädt allerdings zum Missbrauch ein: Ist das Ergebnis absehbar unangenehm – oder stellt es sich später gar als grobe Fehleinschätzung heraus –, ist es angenehmer für den Kanzler, die Verantwortung dafür auf die Schultern einer mehrköpfigen Kommission zu verlagern. So wie es beim Bündnis für Arbeit war. Heuchlerisch wäre es, einen Diskurs als Scheindebatte zu organisieren und durch geschickte Besetzung der Teilnehmer das Ergebnis vorzugeben. Eine kritische Öffentlichkeit wird dies jedoch langfristig durchschauen.

Es lauern weitere Gefahren hinter dem Modell: das Machtmonopol zu verlieren, das Politik braucht, um handlungsfähig zu sein; oder auf der Suche nach dem tragfähigsten Konsens unkenntlich im Wert- und Parteiprofil zu werden. Erschwerend kommt hinzu, dass nationaler Politik durch die Verlagerung der Entscheidungen auf die europäische und internationale Ebene ein Machtverlust von anderer Seite droht. Politiker im Sandwich zwischen immer mächtiger werdenden Akteuren der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der internationalen Staatengemeinschaft.

Auch deswegen wächst ironischerweise in vielen Milieus der Bedarf an starken Führungsfiguren mit einfachen Antworten. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse nennt es das „Vereinfachungsbedürfnis“ in einer immer komplexeren Welt. Wo politische Gewissheiten wegfallen, wächst die Sehnsucht nach den Problemlösern. So erklärt sich der unheilvolle Erfolg europäischer Neo-Populisten wie Haider, Fortuyn und Schill. Der Selbstzweifel, den die viel gescholtene Generation der 68er in die Politik mit eingebracht hat, kann dagegen heilsam ein – solange er nicht zur Handlungsunfähigkeit führt.



Das Try-and-Error-Prinzip: wie in der Genforschung so auch in der Politik.

(Bild: dpa)

Dennoch ist sie nötig geworden. Nach dem 11. September 2001 war klar, dass sich alle Staaten zu einer neuen Weltinnenpolitik zusammenfinden müssen, um einen Feind zu bekämpfen, den die Geschichtsbücher nicht kennen. Jedem, der einen Tag später meinte zu wissen, wie zu reagieren ist, gebührte Misstrauen.

Wer heute behauptet, dass die Gentechnologie nur Segen bringt und nahezu uneingeschränkt zu fördern sei, macht es sich leicht. Die deutsche Forschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) war manchen Wissenschaftlern nicht forschungsbegeistert genug. Sie hatte jenen neuen, lernenden Politikstil verinnerlicht, indem sie

man nicht mit ethisch unproblematischen Stammzellen aus dem Gewebe erwachsener Menschen Gleiches erreichen kann. Doch was würde geschehen, wenn morgen die Nachricht käme, mit embryonalen Stammzellen könne man Aids-Infizierte heilen? Die Diskussion würde von neuem losgehen, die Politik müsste womöglich ihre Entscheidungen revidieren. Aber auch die Kirchen, Ärzteverbände und andere Nichtregierungsorganisationen.

Die Politik operiere nicht aus einem überlegenen Steuerungswissen heraus, das sie zu einer aus der übrigen Gesellschaft herausgehobenen Stellung berechtigen würde, schreibt der SPD-Justiziar